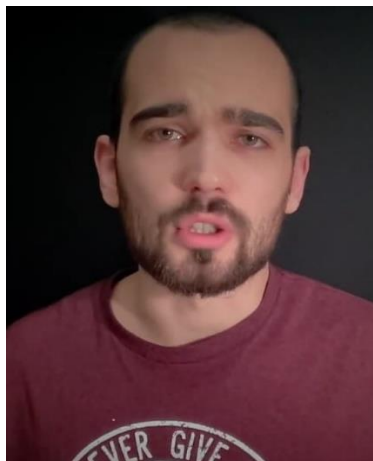


Deutschland: Behörden aktiv gegen Pforzheimer Freikirche

Er beschimpfte sie als "Schwuchteln", forderte sie zum Suizid auf. Nun haben der Ober- und der Erste Bürgermeister von Pforzheim Anselm Urban von der «Baptistenkirche Zuverlässiges Wort» angezeigt. Ausserdem wird die Freikirche neu auch durch den Verfassungsschutz beobachtet.



Der Oberbürgermeister von Pforzheim, Peter Boch, sowie der Erste Bürgermeister Dirk Büscher (beide CDU) haben Strafanzeige gegen den Anführer der Baptistenkirche Zuverlässiges Wort Pforzheim gestellt. Das berichten unter anderem die "Badischen Neuesten Nachrichten".

In seiner neuesten online aus dem USA-Exil gehaltenen Hetzpredigt vom Sonntag hatte Anselm Urban die Politiker schwulenfeindlich beschimpft. Aufforderungen zum Suizid und weitere Beschimpfungen hatte Urban auch gegen weitere Pforzheimer*innen ausgestossen, darunter die evangelische Dekanin Christiane Quincke und der Rektor des Pforzheimer Theodor-Heuss-Gymnasiums, Stefan Mielitz. Quincke hatte bereits im März Anzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

Menschenfeindlichkeit der Fundis "unerträglich"

Peter Boch erklärte seine Anzeige auch als Ausdruck von Solidarität mit den angegriffenen Queers der 125'000-Einwohner*innen-Grossstadt: "Als Politiker stehen wir in der Öffentlichkeit und halten im Zweifelsfall auch einen solchen Schund aus – für andere, um die es in diesem Video geht, gilt dies nicht. Wir sprechen also auch für sie, wenn wir jetzt Strafanzeige stellen." Die Stadt Pforzheim stehe für Frieden, Toleranz, Weltoffenheit und einen respektvollen Umgang miteinander.

Georg Lichtenberger, katholischer Pfarrer in der baden-württembergischen Stadt, sagte: "Klar, unmissverständlich und ohne jedes Wenn und Aber stelle ich mich an die Seite jener, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Religion, ihrer Meinung oder aus irgend einem anderen Grund an den Pranger gestellt und verteufelt werden."

Die Bundestagsabgeordnete Katja Mast (SPD) begrüsst indes die am Mittwoch bekannt gewordene Beobachtung der Sekte durch das Landesamt für Verfassungsschutz. Die Menschenfeindlichkeit, die Homophobie und der Antisemitismus, den man "in den letzten Wochen und Monaten aus den Reihen der sogenannten 'Baptistenkirche Zuverlässiges Wort' gehört" habe, sei und bleibe "unerträglich". "Es ist folgerichtig und gut, dass unsere Sicherheitsbehörden hier ganz genau hinschauen."

Für die Vernichtung von LGBTI gebetet

Wie berichtet, hatten am Sonntag, einem Tag nach dem ersten CSD in Pforzheim, sowohl Anselm Urban als auch "Bruder Moses" wieder in den Räumlichkeiten der Vereinigung in der Pforzheimer Innenstadt beziehungsweise im Internet gegen LGBTI gehetzt. Neben den Genannten hatte Urban auch einen ehemaligen Grundschulleiter aus dem sächsischen Görlitz – Urbans Heimatstadt – schwulenfeindlich beschimpft und ihm unterstellt, sich aus unlauteren Motiven in die Schule "eingeschlichen" zu haben.

Auch die Teilnehmer*innen des CSD beschimpfte Urban. Sie lebten nur sich selbst, ihre "Perversion", ihren "Schmutz" und "Dreck". Sei seien "verdammte Schwuchteln", "kranke Psychopathen", "allesamt Vergewaltiger, allesamt Verbrecher". Und: Die "Homos da draussen" würden "deine Kinder vergewaltigen" wollen. Queere Jugendliche sollten sich zuhause einsperren, dort verhungern oder sich "die Kugel" geben.

In der in den Räumlichkeiten selber gehaltenen Hasspredigt von Bruder Moses wurde einmal mehr deutlich, dass sich die Gruppierung vor allem aus dem Grund zusammengetan haben dürfte, um öffentlich gegen Queers zu hetzen. Wieder forderte er die Todesstrafe für "Homos" und betete, Gott möge ihren*seinen "Zorn auf die Schwuchteln herab segnen" lassen und sie vernichten.

Die Pforzheimer CSD-Organisator*innen hatten gegenüber queer.de die erneuten Ausfälle verurteilt. Ein Mitglied des den CSD ausrichtenden Spotlight Pforzheim e.V. forderte strafrechtliche Konsequenzen und zeigte sich entsetzt über die bisherigen Ergebnisse der Strafverfolgung. Es dürfe nicht sein, dass die Fundamentalist*innen die Freiheit hätten, ihre Hassbotschaften weiter zu verbreiten, hatte Denis Hasani gesagt.

Der SPD-Landtagsabgeordnete und Queersprecher seiner Fraktion, Florian Wahl, eröffnete gegenüber queer.de, der Landesregierung einen umfassenden Fragenkatalog zur Queerfeindlichkeit als Bindeglied rechtsextremer, völkischer und religiös motivierter Gruppen im Bundesland vorgelegt zu haben.

queer.de / 25.6.2023